

Z-2000 Info-Brief Oktober/November 2010

An alle Hamburger Kolleginnen und Kollegen

=====

Z-2000, unabhängiger Zahnärzterverband e.V. in Hamburg
c/o Dr. Thomas Einfeldt . Mühlendamm 92.
22087 Hamburg.
Tel. 040 227 61 80 / Fax 227 61 20

=====

Unsere Themen:

1. Wahlen in KZV und Kammer; ohne hohe Wahlbeteiligung kein politisches Gewicht / Seite 1
2. Z-2000 Stammtisch am 3.11.2010 19.30 Uhr / Seite 1
3. www.z-2000.de : Endlich im Netz, Programm, Satzung, Termine, Aufnahmeantrag, einfache Kommunikation / Seite 2
4. Kann man Zahnärzterverbände ernst nehmen? / Seite 2
5. Ärztehonorare legen wieder zu, Zahnärzte werden abgespeist / Seite 3
6. Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert : Budget-Spartag und GOZ-Beihilfe –Spartag / Seite 3
7. Entwurf für einen Brief an Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Bundestages oder andere Politiker; aktiv werden, könnte einfach sein

1. Wahlen in KZV und Kammer; ohne hohe Wahlbeteiligung kein politisches Gewicht

Die Vertreterversammlung der KZV und die Delegiertenversammlung der Kammer werden neu gewählt. Zahnärzte dürfen sich (noch) selbst verwalten, der Staat hat Körperschaften Öffentlichen Rechts eingerichtet, und wir können froh sein, dass unser Gesundheitswesen uns die Selbstverwaltung zugesteht. In anderen Ländern bestimmt der Staat viel stärker.

Gewiss, unser Einfluss auf die Honorarentwicklung, Budgetierung und GOZ ist nicht sehr groß, weil wir Zahnärzte als Berufsgruppe klein und (anders als die Pharmaindustrie) ohne zahlungskräftige Lobby sind. Aber noch gelingt es, die Bedingungen der Berufsausübung (z.B. Hygienestandards, RKI-Richtlinien usw.) mitzubestimmen. Ohne zahnärztliche Selbstverwaltung sähe es doch viel schlimmer aus. Wenn jedoch Gesundheitspolitiker bemerken, dass der Rückhalt der Ehrenamtsträger schwindet – z.B. durch niedrige Wahlbeteiligung-, dann wird die Lage noch ernster.

Daher fordert der Vorstand von Z-2000 alle Kollegen auf, sich dringend an der Wahl zu den Körperschaften zu beteiligen. Natürlich bitten wir darum, insbesondere die Kandidaten zu wählen, die Mitglied bei Z-2000 sind; bei der KZV können sich die Wähler nur für eine Liste entscheiden, dort unterstützt Z-2000 die „Hamburger Liste“! Die Wahlaussagen sind dem offiziellen Wahlheft zu entnehmen.

2. Z-2000-Stammtisch am Mittwoch, dem 3. November 2010 um 19.30 Uhr

im rustikalen italienischen Restaurant „Al Lido“, Amsinkstraße 70 (stadtauswärts Richtung Elbbrücken); genügend Parkplätze stehen zur Verfügung. Jeder, auch Nicht-Mitglieder, sind am Stammtisch zur standespolitischen Diskussion willkommen. Insbesondere sollen Ideen gesammelt werden, welche öffentlichkeitswirksamen Aktionen wir Hamburger Zahnärzte starten können, um nicht weiter im Einkommenspiegel abzusinken. Vielleicht müssen wir anderen Bundesländern ein Vorbild geben, damit nicht der Eindruck entsteht, alle Zahnärzte seinen lethargisch?

Es wird gebeten, sich formlos per Fax unter 040 227 61 20 in der Praxis Einfeldt anzumelden, damit genügend Stühle am Stammtisch stehen...

Laut ZM verdienen Zahnärzte 2007 durchschnittlich 134.553 € vor Steuern (Einnahmen-Überschussrechnung) im Bundesgebiet. In Hamburg ist eher mit einem geringeren Einkommen zu rechnen. Damit rangieren wir Zahnärzte auf den unteren Rängen der Einkommenshierarchie der Ärzte, obgleich Zahnarztpraxen mit zu den teuersten Praxen bei der Einrichtung und Instandhaltung gehören.

In den Leitartikeln der ZM wechseln sich KZBV- und BZÄK-Spitzenvertreter ab, um uns zu versichern, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun, um BEMA und GOZ zu verbessern. Es fehlt nur der Erfolg. Was können wir

tun, um unseren Spitzenorganisationen und Landesvertretern zu helfen? Dies und auch Ihre Themen und Probleme wollen wir am Stammtisch bereden.

Laut FOCUS Money: Arzthonorare 2007 Euro je Arzt

Radiologe	402 200
Internist	396 500
Orthopäde	237 400
Augenarzt	222 300
Chirurg	201 900
Urologe	197 500
Kinderarzt	192 800
Frauenarzt	190 200
Hausarzt	187 400
HNO-Arzt	174 400
Hautarzt	168 500
Nervenarzt	124 600
Psychotherapeut	64 300

Eine stern-Umfrage ergab kürzlich, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung ein hohes Ärzteneinkommen für angemessen hält

So antworteten 61 Prozent der Befragten, ein Jahreseinkommen von 164.000 Euro sei für Ärzte „gerade angemessen“. Für zu niedrig schätzten dies sogar noch 20 Prozent ein. 13 Prozent gaben an, dass mit dieser Summe Ärzte zu hoch vergütet seien.

3. www.z-2000.de , endlich hat unser Verband eine Homepage

Z-2000 hat kein Sekretariat, die Vorstandsmitglieder erhalten keine Aufwandsentschädigung. Alle Mitgliedsbeiträge gehen direkt in die berufspolitische Arbeit. Nun haben wir uns endlich eine Homepage gegönnt, damit Außenstehende und Mitglieder sich über unser Programm, die Satzung und aktuelle Projekte informieren können; und wer noch nicht Mitglied ist, kann sich einen Aufnahmeantrag herunterladen, unterschreiben und an den Vorstand faxen. Auch der e-Mailverkehr soll so verbessert werden, schnellerer und aktuellerer Informationsaustausch wird ermöglicht.

4. Kann man Zahnärzterverbände ernst nehmen? Von Thomas Einfeldt

Nach einer Bezirksgruppenversammlung, bei der ich mich öffentlich über die schleichende Honorarabwertung im BEMA beschwerte (Punktwertserhöhung hängt von der „halben“ Grundlohnsummensteigerung ab, die Praxisbetriebskosten steigen schneller...), insbesondere bei den Positionen, für die es keine Mehrkostenvereinbarungen gibt (Chir, Röntgen, O1, Ä1 usw.), sprach mich ein Kollege an und gab den Tipp, z.B. bei Extraktionen grundsätzlich eine „socketpreservation“ anzubieten; ein bisschen BioOss o.ä. und schon hätte man ein Zusatzhonorar...

Gewiss, wenn man findig ist, kann man das Eine oder Andere tun, um einen kleinen Ausgleich für die Ungerechtigkeit bei der BEMA-Honorierung zu finden. Dies hilft aber nicht grundsätzlich, schon gar nicht im Fall des in prekären Lebensverhältnissen existierenden Patienten, der weder BioOss noch Membranen bezahlen kann; ich fragte den Kollegen, ob er sich mit der Thematik „BEMA-Honorare und ihre Bewertung“ schon intensiver befasst habe, aber er gab zu, berufspolitische Artikel ungern zu lesen. Er würde allenfalls einmal in KZV- und Kammer-Rundschreiben schauen. Artikel von Zahnärzterverbänden hielt er für nutzlos, Z-2000 könne nichts bewirken.

So ähnlich scheinen viele Kollegen zu denken. Vielfach hört man: „Das nützt alles nichts, das ist Zeitverschwendung, wir bekommen nur eine schlechte Presse, ich kümmere mich lieber um Fortbildung/Spezialisierung/ Marketing“. „Mit BEMA-Leistungen kann man eh kein Geld verdienen“

Doch, auch Aldi verdient Geld mit Alltäglichem. Jeder Vertragszahnarzt, auch der „Spitzen-Implantologe“ (der ja nur selten seine Kassenzulassung zurückgegeben hat) , muss Röntgenbilder machen, Injektionen geben,

Beratungen und Grunduntersuchungen durchführen, die er nicht als Privatleistung „verkaufen“ kann. Dumm ist, wer sich in diesem Segment einerseits widerstandslos Honorare abzwacken lässt und andererseits willig immer höherer Hygiene- und QM-Kosten aufbrummen lässt. So sind wir also seit einiger Zeit die Dummen.

Aber das muss ja nicht so bleiben. Fluglotsen, Eisenbahner und andere Berufsgruppen, z.B. Hausärzte, stellen sich auf die Hinterbeine und riskieren es, mit ihren Maßnahmen auch den Unwillen der Betroffenen zu erzeugen. Tatsächlich gelingt es diesen Berufsgruppen aber nur dann höhere Einkommen zu erringen, wenn sie solidarisch handeln.

Ein erster Schritt ist es, sich in berufsständischen Vereinigungen zu organisieren. Kammer und KZV sind Körperschaften, keine politischen Verbände. Z-2000 appelliert an die Kollegen, sich politischer zu verhalten. Bezirksgruppen, Stammtische und Versammlungen der Verbände sind geeignet, um über Widerstand zu diskutieren. Wer nichts in diesem Sinne tut, muss mit weiter sinkenden Honoraren rechnen.

5. Ärztehonorare legen wieder zu, Zahnärzte werden abgespeist

In den Medien wird es gerade wieder verbreitet: Die niedergelassenen Ärzte erstreiten erneut Honorarzuwächse. Zwar scheinen diese nicht bei allen Facharztgruppen gleichmäßig anzukommen und auch je nach Bundesland gibt es Unterschiede, aber es ist Ärzten wieder gelungen, ihre Einkommen zu verbessern. Zahnärzte verursachen immer kleine Ausgaben am GKV-Gesamthaushalt. Die Prothetik-Festzuschüsse steigen so langsam, dass der Eigenanteil der Patienten immer höher wird. Im Zeitraum 1981-2007 sank der GKV-Betrag, der für Zahnbehandlungen ausgegeben wurde, um 29%, während der Betrag, der für Arztbehandlungen ausgegeben wurde, um über 40 % stieg.

Nächstes Jahr soll der für Zahnbehandlungen zur Verfügung stehende Betrag um „die halbe Grundlohnsummen-Steigerung“ angehoben werden. Das wird voraussichtlich nicht einmal ein Inflationsausgleich sein.

6. Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert : Budget-Spartag und GOZ-Beihilfe- Beamten –Spartag

„Streik der Porschefahrer“, „Protest der Haus-auf-Sylt-Besitzer“, derartige Schlagzeilen befürchten manche, wenn Zahnärzte öffentlich gegen die Budgetierung und die Nichtanpassung der GOZ Punktwerte seit über zwanzig Jahren mobil machen würden. Dabei könnte man Praxisschließungen durchaus sarkastisch positiv verkaufen: Wenn es den Krankenkassen so schlecht geht, dass sie unsere Leistungen budgetieren müssen, dann sollen sie doch froh sein, wenn wir nicht arbeiten, sondern uns stattdessen kostenlos für sie fortbilden, und wenn wir die Praxen schließen, dann nicht um zu faulenzten, sondern um eine zentrale „Fortbildungsveranstaltung“ zum Thema Budget durchzuführen.

Ohne Geld, keine Leistung. Genauso ist die Beihilfe betroffen; damit die Ausgaben des Staates für die Beihilfe nicht steigen, könnten zeitgleich zum Budgetspartag zum GOZ-Beihilfe-Spartag ausrufen, weil keine Beamten behandelt werden und die Beihilfe somit an diesem Tag spart.

7. Entwurf für einen Brief an Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Bundestages oder andere Politiker; aktiv werden könnte einfach sein

Unter <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/mitglieder.html> oder dem Google Stichworten „Gesundheitsausschuss Bundestag Mitglieder“ finden sich die Namen der Abgeordneten, an die Zahnärzte Briefe schreiben können.

Unter <http://www.abgeordnetenwatch.de/> kann man auch Kontakte finden und es wird sogar Antwort versprochen. Falls Sie, verehrter Leser, Versatzstücke des nachfolgenden Brief-Entwurfes nutzen wollen, kann der Leser auch die PDF-Datei „Briefentwurf“ unter www.z-2000.de unter dem Punkt Download finden und Teile des Briefes kopieren. Und falls Sie eine Antwort bekommen, leiten Sie diese bitte in Kopie an Z-2000!

Sehr geehrte(r) Abgeordnete (r)...,

hiermit möchte ich meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Gesundheitspolitik keinerlei Hoffnung einer Besserung der leistungsfeindlichen Honorierung für Zahnärzte aufkeimen lässt. Seit Jahren wird den Zahnärzten versprochen, dass die **Budgetierung** im Bereiche der GKV aufgehoben wird, welche das Morbiditätsrisiko auf uns Zahnärzte abwälzt.

Die **Honorare für zahnmedizinische Grundleistungen** wie z.B. Beratung, eingehende Untersuchung, Röntgen, Injektion (Lokal-Anästhesie), Zahnentfernung, Mundschleimhautbehandlung usw. steigen seit Jahren unterhalb des Inflationsausgleiches; dies entspricht einer **realen Honorarentwertung** und ist auch statistisch daran nachzuweisen, dass der Anteil der zahnmedizinischen Ausgaben am GKV-Gesamthaushalt seit 1981 stetig gesunken ist, während die Ausgaben für Krankenhaus und Ärzte (und die Einnahmen der Krankenkassen) gestiegen sind. Dies ist wirklich eine Zweiklassenmedizin: Den Zahnärzten werden die Einnahmen gekürzt und gleichzeitig steigen die Ausgaben für die Neueinrichtung und Instandhaltung der Praxis, für zahnmedizinischen Fortschritt, die Hygienekosten, die allgemeinen Betriebskosten und die Personalkosten.

Dabei sind die modernen zahnmedizinischen Teams personalintensiv. Zahnarztpraxen beschäftigen viele Mitarbeiter, man spricht auch von „Jobmotor Gesundheitswesen“ und das stimmt insbesondere für den Bereich Zahnmedizin. Zahnärzte und Mitarbeiter bilden sich fort (und das ohne fragwürdige Pharmaindustrie-Unterstützung) und das Ergebnis lässt sich sehen: Epidemiologische Studien beweisen, dass die Bevölkerung an Lebensqualität gewinnt, immer weniger Karies bei Kindern auftritt, die Menschen ihre Zähne länger behalten und der Anteil an Prothesenträgern sinkt.

Das Durchschnittseinkommen der Zahnärzte sinkt auch. Dies wird oftmals mit Häme journalistisch begleitet, aber die Auswirkungen werden spürbar. Die ungerecht empfundene Honorierung und die Arbeitsbedingungen (Verschleißerkrankungen durch Arbeitshaltung, „Akkord“-Punktejagd) und die Gesundheitspolitik führen zu einer Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. Zahnärzte werden zu Nichtwählern; die angebliche „Klientel“ der FDP wendet sich ab. CDU, SPD und Grüne bieten keine Alternative. Und von einem Verstaatlichungstraum der „Linken“ fühlen sich leistungsorientierte Zahnärzte ebenfalls nicht angezogen. Ist das nun egal?

Während man den Ärzten, insbesondere den Hausärzten, Honorarzuwächse zubilligt, wird die kleine Gruppe der Zahnärzte vernachlässigt.

Und ist das bei den Privatpatienten genauso?

Im Bereich der PKV werden die **GOZ-Honorare** auf dem Stand von 1988 belassen, weil jegliche Erhöhung eine Belastung der Beihilfe bedeuten würde; unter Vorspiegelung anderer Argumente (Wettbewerb stärken) werden uns durch „Öffnungsklauseln“ „Verbesserungen“ der GOZ versprochen, die in Wahrheit Knebelverträgen Tür und Tor öffnen: Privatversicherungen sollen einer kleinen Gruppe von Zahnärzten Sonderverträge anbieten dürfen. Dieses Vorgehen ist durchsichtig und entspricht dem Prinzip: Teile und herrsche. Statt den Wettbewerb wie bisher durch die Wahlfreiheit des Patienten, sich den Arzt seines Vertrauens selber zu suchen, zu garantieren, sollen nun die Versicherungen Billiganbieter bewerben und die Patienten dorthin lotsen.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass das Prinzip der Gegenseitigkeit ganz deutlich und zu lange im Bereich Zahnmedizin verletzt wurde. Die Patienten haben gewonnen (siehe Epidemiologie), die Gesundheitspolitiker diktieren die Bedingungen und loben ihre Sparmaßnahmen, die Zahnärzte haben verloren. Und die Basis der Zahnärzteschaft ist sauer. Mögen die neu vor fünf Jahren geschaffenen „hauptamtlichen“ Funktionäre in den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen auch mit ihren Anstellungsverträgen zufrieden sein und sich redlich bemühen, für die niedergelassenen Kollegen Verbesserungen zu erreichen: Die Niedergelassenen sind nicht zufrieden und fühlen sich ungerecht behandelt. Leistung will belohnt sein.

Mit Interesse sehe ich Ihrer Antwort entgegen und werde diese meinen Kollegen, Angestellten und Patienten zur Kenntnis bringen.

Mit freundlichen Grüßen